

Name der Gesellschaft
Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft

会社名
ベルリン北鉄道会社

認可年月日
1870.06.18.

業種
鉄道

掲載文献等
Gesetz=Sammlung für die Preußischen Staaten,Jg.1872,SS.1-30.

ファイル名
18700618BNEG_A.pdf

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 1. —

(Nr. 7933.) Konzessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft. Vom 18. Juni 1870.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛ.

Nachdem sich zur Herstellung einer Eisenbahn von Berlin durch das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz über Neu-Strelitz nach Stralsund eine Aktiengesellschaft gebildet hat, wollen Wir zum Bau und Betriebe dieser Bahn Unsere landesherrliche Genehmigung hierdurch ertheilen, auch das anliegende, am 5. Juni 1870. notariell vollzogene Statut hierdurch mit der Maßgabe bestätigen, daß sich die Gesellschaft allen Bestimmungen des mit der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzer Regierung bezüglich des Bahntheiles im jenseitigen Gebiete abgeschlossenen Staatsvertrages vom 31. Dezember 1866. (Gesetz-Samml. 1867. S. 229 ff.) zu unterwerfen hat. Zugleich bestimmen Wir, daß die in dem Gesetze über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838. ergangenen Vorschriften über die Expropriation und das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke auf das in Rede stehende Unternehmen Anwendung finden sollen.

Die gegenwärtige Urkunde ist mit dem Statut durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 18. Juni 1870.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenplik. Leonhardt.

Statut

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Name und
Zweck der Ge-
sellschaft.

Unter der Benennung „Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft“ wird eine Aktiengesellschaft errichtet, welche den Bau, die vollständige Ausrüstung und den Betrieb einer von der Allerhöchsten Bestätigung dieses Statuts in längstens drei Jahren zu vollendenden Eisenbahn von Berlin durch das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz über Neu-Strelitz nach Stralsund zum Zweck hat.

§. 2.

Art der Be-
nutzung.

Die Gesellschaft wird die Transporte auf der Bahn durch Dampfwagen auf eigene Rechnung betreiben, auch — soweit sie es ihrem Interesse gemäß findet, oder gesetzlich dazu verpflichtet ist — Anderen die Benutzung der Bahn zu Personen- und Gütertransporten gegen Entrichtung eines bestimmten Bahngeldes gestatten.

Sie kann auch unter Genehmigung des Handelsministers einer anderen Eisenbahnverwaltung den gesammten Betrieb der Bahn durch besonderen Vertrag überlassen.

Sollte in Folge weiterer Vervollkommnung in den Transportmitteln eine noch bessere und wohlfeilere Förderung der Transporte, als auf Eisenschienen und mittelst Lokomotiven, möglich werden, so kann die Gesellschaft auch das neue Beförderungsmittel, vorbehaltlich der Genehmigung des Staats, herstellen und benutzen.

§. 3.

Bahnlinie und
Bauplan.

Die Bahnlinie hat das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festzustellen; auch unterliegen der Genehmigung desselben die speziellen Bauprojekte und Anschläge.

Von dem festgestellten Bauplane darf nur unter besonderer Genehmigung des vorbezeichneten Ministeriums abgewichen werden.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, auf ihre Kosten diejenigen Anlagen auszuführen, welche das Kriegsministerium im Interesse der Landesvertheidigung für erforderlich erachtet.

§. 4.

Domizil und
Gerichtsstand.

Das Domizil der Gesellschaft und der Sitz ihrer Verwaltung ist Berlin.

§. 5.

§. 5.

Das zum Bau der Eisenbahn nebst Zubehör, zur Anschaffung des Betriebsmaterials nebst Zubehör, zur Bestreitung der Generalkosten, einschließlich der Kosten der Vorarbeiten, sowie zur Verzinsung der Aktien bis zu dem im §. 21. bestimmten Zeitpunkte, erforderliche Kapital der Gesellschaft besteht in einem Grundkapitale von 12,500,000 Rthlr. (zwölf Millionen fünfhunderttausend Thalern) Preussisch Kurant, oder 1,875,000 Pfund Sterling, welches

- 1) durch 62,500 Stück Stammaktien zu je 100 Rthlr. oder 15 Pfd. Sterling, giebt 6,250,000 Rthlr. = 937,500 Pfd. Sterl.
- 2) durch 31,250 Stück Stamm-Prioritätsaktien zu je 200 Rthlr. oder 30 Pfd. Sterl., giebt ... 6,250,000 " = 937,500 " . .

in Summa 12,500,000 Rthlr. = 1,875,000 Pfd. Sterl.

aufgebracht wird.

§. 6.

Nach Ablauf des ersten Betriebsjahres wird zunächst ein Reservefonds gebildet. Derselbe ist bestimmt zur Deckung der in außerordentlichen Fällen nöthigen Ausgaben und der Kosten für die Vermehrung der Betriebsmittel, welche nach Ablauf des ersten Betriebsjahres nothwendig befunden wird.

Diesem Reservefonds werden überwiesen:

- a) der Betrag derjenigen Zinsen und Dividenden, die nicht rechtzeitig erhoben und deshalb gemäß §. 23. zu Gunsten der Gesellschaft verfallen sind;
- b) ein Zuschuß aus den Betriebseinnahmen, der von der Direktion nach Anhörung des Verwaltungsrathes nach Bedürfniß festgesetzt wird, aber pro Anno nicht mehr als ein Zehnthheil Prozent des Anlagekapitals der Gesellschaft betragen soll, insofern die Direktion nicht mit Zustimmung der vorgefetzten Staatsbehörde eine Erhöhung für nöthig erachtet;
- c) der nach vollständigem Ausbau und vollständiger Ausrüstung der Bahn verbleibende Rest des Bau- und Betriebskapitals.

Hat der Reservefonds die Summe von 200,000 Rthlr. Pr. Rrt., in Worten zweihunderttausend Thaler Preussisch Kurant erreicht, so braucht er bloß auf dieser Höhe erhalten zu werden und es erfolgen Zuschüsse nur dann, wenn eine Verminderung eingetreten ist.

So lange der Reservefonds in voller Höhe vorhanden ist, fließen die nicht erhobenen Zinsen und Dividenden, sowie die Zinsen des Reservefonds selbst, in die Betriebskasse.

§. 7.

Ferner wird nach Ablauf des ersten Betriebsjahres noch ein Erneuerungsfonds gebildet, welcher bestimmt ist zur Bestreitung der Kosten der Erneuerung von Schienen, Schwellen und der kleinen Eisentheile des Oberbaues der Eisenbahn, mit Einschluß der Weichen, sowie der Erneuerung der Lokomotiven nebst Tendern und der Wagen aller Art.

Zu diesen Erneuerungen sind insbesondere zu rechnen:

- 1) bei Lokomotiven und Zendern die Auswechslung der Feuerkasten, Kessel, Cylinder, Siederöhren, Federn, Achsen, Räder, Radreifen, ganzer Wasserbehälter und Bremsen;
- 2) bei den Wagen die Auswechslung von ganzen Kasten, Federn, Achsen, Rädern, Radreifen, Bremsen und der Umbau des Innern ganzer Coupés.

Alle diese Erneuerungen sind jedoch nur dann aus dem Erneuerungsfonds zu bestreiten, wenn sie durch Abnutzung nöthig werden, nicht aber, wenn sie den Bauunternehmern, Lieferanten u. s. w. zur Last fallen.

Dem Erneuerungsfonds werden nach Maßgabe eines von dem Handelsminister zu genehmigenden Regulativs überwiesen:

- a) die Einnahmen aus dem Verkaufe alter Materialien des Oberbaues und der Betriebsmittel;
- b) ein Zuschuß aus den Betriebseinnahmen, der von der Direktion nach Bedürfniß von fünf zu fünf Jahren mit Genehmigung der vorgesetzten Staatsbehörde normirt wird.

Wenn der Erneuerungsfonds derartig angewachsen ist, daß der Handelsminister eine weitere Verstärkung desselben einstweilen nicht für erforderlich erachtet, so dürfen die unter a. benannten Einnahmen, sowie die Zinsen des Erneuerungsfonds selbst mit Zustimmung des Handelsministers zur Betriebskasse vereinnahmt werden.

§. 8.

Die Verhältnisse der Gesellschaft zum Staate werden, außer durch die bestehenden und noch zu erlassenden Gesetze, im Allgemeinen durch die zu ertheilende landesherrliche Konzession und das gegenwärtige Statut bestimmt.

Insbefondere aber bleibt

- 1) dem Staate vorbehalten:

- a) die Genehmigung des Bahngeldtarifs und des Frachttarifs sowohl für die Güter, als für den Personenverkehr, sowie jede Abänderung der Tarife.

Die Gesellschaft wird den Personentransport in vier Wagenklassen bewirken und ist auf Verlangen der Staatsregierung verpflichtet, auf der Bahn bei größeren Entfernungen den Einpfennigtarif für den Transport von Kohlen und Roates und eventuell der übrigen, im Artikel 45. der Verfassung des Norddeutschen Bundes bezeichneten Gegenstände einzuführen.

Dem Staate bleibt ferner vorbehalten:

- b) die Genehmigung, nöthigenfalls auch die Abänderung des Fahrplanes;
- c) die Bestätigung der Wahl des Vorsitzenden und des oder der technischen Mitglieder der Direktion, sowie die Genehmigung der der Direktion zu ertheilenden Geschäftsinstruktionen. Auch die Qualifikation des die Bauausführung leitenden Ingenieurs unterliegt der Prüfung des Handelsministers.

2) Zur

Verhältnisse
der Gesellschaft
zum Staate.

- 2) Zur Ausführung der Bestimmung über die Benutzung der Eisenbahn zu militairischen Zwecken (Gesetz-Samml. für 1843. S. 373.) ist die Gesellschaft verpflichtet, dem Reglement vom 1. Mai 1861. beziehungsweise dem Bundesreglement vom 18. Juli 1868. für die Beförderung von Truppen, Militaireffekten und sonstigen Armeebedürfnissen auf den Staatsbahnen und den unter Staatsverwaltung stehenden Privateisenbahnen nebst den hierzu bereits ergangenen und etwa noch zu erlassenden ergänzenden und erläuternden Vorschriften, ferner den Bestimmungen des Reglements vom 1. Mai 1861., betreffend die Organisation des Transports größerer Truppenmassen auf den Eisenbahnen und der Instruktion von demselben Datum für den Transport der Truppen und des Armeematerials auf den Eisenbahnen, sowie den künftigen Abänderungen und den Ergänzungen dieses Reglements sich zu unterwerfen.
- 3) Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihren Betrieb, soweit die Natur desselben es gestattet, in die nothwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Postverwaltung zu bringen.

Sie ist außerdem verpflichtet, mit jedem fahrplanmäßigen Zuge auf Verlangen der Postverwaltung einen Postwagen und innerhalb desselben:

- a) Briefe, Zeitungen, Gelder, ungemünztes Gold und Silber, Juwelen und Pretiosen ohne Unterschied des Gewichts, ferner solche nicht in die Kategorie der obigen Sendungen gehörige Pakete, welche einzeln das Gewicht von 20 Zollpfunden nicht überschreiten,
 - b) die zur Begleitung der Postsendungen, sowie zur Verrichtung des Dienstes unterwegs erforderlichen Postbeamten, auch wenn dieselben geschäftslos zurückkehren,
 - c) die Geräthschaften und Utensilien, deren die Beamten unterwegs bedürfen,
- unentgeltlich zu befördern.

Statt besonderer Postwagen können auf Grund desfalliger Verständigung auch Postkoupés in Eisenbahnwagen gegen eine den Selbstkosten für die Beschaffung und Unterhaltung thunlichst nahestehende Miethe benutzt, es kann ferner bei solchen Zügen, in denen Postwagen oder Postkoupés nicht laufen, die unentgeltliche Mitnahme eines Postbeamten mit der Briefpost, dem alsdann der erforderliche Sitzplatz einzuräumen ist, oder die unentgeltliche Beförderung von Brief- und Zeitungspaketeten durch das Zugpersonal verlangt werden.

Für ordinaire Pakete über 20 Pfund, auch wenn dieselben innerhalb des Postwagens oder Postkoupés befördert werden, erhält die Eisenbahngesellschaft die tarifmäßige Eilfracht, welche für das monatliche Gesamtgewicht der zwischen je zwei Stationen beförderten zahlungspflichtigen Pakete berechnet und auf Grund besonderer Vereinbarung averfionirt wird.

Wenn ein Postwagen oder das in dessen Stelle zu benutzende Postkoupé für den Bedarf der Post nicht ausreicht, so hat die Eisenbahn-

gesellschaft entweder die Beförderung der nicht unterzubringenden Postsendungen in ihren Wagen zu vermitteln, oder der Post die erforderlichen Transportmittel leihweise herzugeben. Im ersteren Falle wird für ordinaire Packete über 20 Pfund eine weitere als die oben vorgesehene Vergütung nicht geleistet. Im letzteren Falle zahlt die Postverwaltung außer der Frachtvergütung für die ordinären Packete über 20 Pfund eine besonders zu vereinbarende, nach Säzen pro Roupé und Meile und resp. pro Achse und Meile zu bemessende Hergabe- und Transport-Vergütung.

Die Eisenbahngesellschaft übernimmt die Unterhaltung, Unterstellung, Reinigung, das Schmieren, Ein- und Ausrangiren zc. der Eisenbahn-Postwagen, sowie den leihweisen Ersatz derselben in Beschädigungsfällen, gegen Vergütungen, welche nach den Selbstkosten bemessen werden und über deren Berechnung besondere Vereinbarung getroffen wird.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, die mit Postfreipässen versehenen Personen unentgeltlich zu befördern, vorausgesetzt, daß diese nur einen Theil ihrer Reise auf der Eisenbahn, einen anderen Theil aber mit gewöhnlichem Postfuhrwerk zurücklegen.

- 4) a) Die Gesellschaft hat die Benutzung des Eisenbahnterrains, welches außerhalb des vorschriftsmäßigen freien Profils liegt und soweit es nicht zu Seitengräben, Einfriedigungen zc. benutzt wird, zur Anlage von oberirdischen und unterirdischen Bundes-Telegraphenlinien unentgeltlich zu gestatten. Für die oberirdischen Telegraphenlinien soll thunlichst entfernt von den Bahngleisen nach Bedürfnis eine einfache oder doppelte Stangenreihe auf der einen Seite des Bahnplanums aufgestellt werden, welche von der Eisenbahnverwaltung zur Befestigung ihrer Telegraphenleitungen unentgeltlich mitbenutzt werden darf. Zur Anlage der unterirdischen Telegraphenlinien soll in der Regel diejenige Seite des Bahnterrains benutzt werden, welche von den oberirdischen Linien im Allgemeinen nicht verfolgt wird.

Der erste Trakt der Bundes-Telegraphenlinien wird von der Bundes-Telegraphenverwaltung und Eisenbahnverwaltung gemeinschaftlich festgesetzt. Aenderungen, welche durch den Betrieb der Bahn nachweislich geboten sind, erfolgen auf Kosten der Bundes-Telegraphenverwaltung, resp. der Eisenbahn; die Kosten werden nach Verhältnis der beiderseitigen Anzahl Drähte repartirt. Ueber anderweitige Veränderungen ist beiderseitiges Einverständnis erforderlich und werden dieselben für Rechnung desjenigen Theils ausgeführt, von welchem dieselben ausgegangen sind;

- b) die Gesellschaft gestattet den mit der Anlage und Unterhaltung der Bundes-Telegraphenlinien beauftragten und hierzu legitimirten Telegraphenbeamten und deren Hülfсарbeitern Behufs Ausführung ihrer Geschäfte das Betreten der Bahn unter Beachtung der bahnpolizei-

polizeilichen Bestimmungen, auch zu gleichem Zwecke diesen Beamten die Benutzung eines Schaffnerstisches oder Dienstkoupés auf allen Zügen einschließlich der Güterzüge, gegen Lösung von Fahrbillets der III. Wagenklasse;

- c) die Gesellschaft hat den mit der Anlage und Unterhaltung der Bundes-Telegraphenlinie beauftragten und legitimierten Telegraphenbeamten auf deren Requisition zum Transport von Leitungsmaterialien die Benutzung von Bahnmeisterwagen unter bahnpolizeilicher Aufsicht gegen eine Vergütung von 5 Sgr. pro Wagen und Tag und von 20 Sgr. pro Tag der Aufsicht zu gestatten;
 - d) die Gesellschaft hat die Bundes-Telegraphenanlagen an der Bahn gegen eine Entschädigung bis zur Höhe von 10 Rthlr. pro Jahr und Meile durch ihr Personal bewachen und in Fällen der Beschädigung nach Anleitung der von der Bundes-Telegraphenverwaltung erlassenen Instruktion provisorisch wieder herstellen, auch von jeder wahrgenommenen Störung der Linien der nächsten Bundes-Telegraphenstation Anzeige machen zu lassen;
 - e) die Gesellschaft hat die Lagerung der zur Unterhaltung der Linien erforderlichen Borräthe von Stangen auf den dazu geeigneten Bahnhöfen unentgeltlich zu gestatten und diese Borräthe ebenmäßig von ihrem Personal bewachen zu lassen;
 - f) die Gesellschaft hat bei vorübergehenden Unterbrechungen und Störungen des Bundes-Telegraphen alle Depeschen der Bundes-Telegraphenverwaltung mittelst ihres Telegraphen, soweit derselbe nicht für den Eisenbahn-Betriebsdienst in Anspruch genommen ist, unentgeltlich zu befördern, wofür die Bundes-Telegraphenverwaltung in der Beförderung von Eisenbahn-Dienstdepeschen Gegenseitigkeit ausüben wird;
 - g) die Gesellschaft hat ihren Betriebs Telegraphen auf Erfordern des Bundeskanzler-Amtes dem Privat-Depeschenverkehr nach Maßgabe der Bestimmungen der Telegraphen-Ordnung für die Korrespondenz auf den Telegraphenlinien des Norddeutschen Bundes zu eröffnen.
 - h) Ueber die Ausführung der Bestimmungen unter a. bis einschließlich f. wird das Nähere zwischen der Bundes-Telegraphenverwaltung und der Eisenbahnverwaltung schriftlich vereinbart.
- 5) Die Gesellschaft hat den Anordnungen, welche wegen polizeilicher Beaufsichtigung der beim Eisenbahnbau beschäftigten Arbeiter getroffen werden, pünktlich nachzukommen und die aus diesen Anordnungen erwachsenden Ausgaben, insbesondere auch die durch die etwaige Anstellung eines besonderen Polizei-Aufsichtspersonals entstehenden Kosten zu tragen. Sie ist verpflichtet, die nöthigen Zuschüsse zu der in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. Dezember 1846. (Gesetz-Samml. für 1847. S. 21.) für die Bauarbeiter einzurichtenden Krankenkasse zu leisten. Nicht minder wird die Gesellschaft den Anforderungen der zuständigen Behörde wegen

Genüfung des kirchlichen Bedürfnisses der beim Bau beschäftigten Beamten und Arbeiter bereitwillig Folge leisten und erforderlichen Falles auch die Tragung der dadurch etwa bedingten Kosten übernehmen.

- 6) Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach Maßgabe der jetzt und künftig bestehenden Grundsätze für die Staatseisenbahnen für ihre Beamten und Arbeiter Pensions-, Wittwenverpflegungs- und Unterstützungskassen einzurichten und zu denselben die erforderlichen Beiträge zu leisten.
- 7) Die Gesellschaft ist verpflichtet, die von ihr anzustellenden Bahnwärter, Schaffner und sonstigen Unterbeamten, mit Ausnahme der einer technischen Vorbildung bedürftigen, vorzugsweise aus den mit Civilanstellungsberechtigung entlassenen Militärs des Königlich Preussischen Heeres, soweit dieselben das 35^{te} Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, zu wählen.
- 8) Die Gesellschaft ist allen Bestimmungen unterworfen, welche in dem zwischen der Königlich Preussischen und der Großherzoglich Mecklenburgischen Regierung vereinbarten Staatsvertrage vom 31. Dezember 1866. (Gesetz-Samml. pro 1867. S. 229. ff.) in Betreff dieser Bahn-anlage festgesetzt sind.

§. 9.

Verwaltung
und
Verfassung.

Die Interessen der Gesellschaft werden wahrgenommen:

- 1) durch die Gesamtheit der Aktionaire in der Generalversammlung (§§. 26. ff.),
- 2) durch den Verwaltungsrath, welcher aus neun Mitgliedern besteht, und
- 3) durch die Direktion.

§. 10.

Schlichtung
von Streitig-
keiten.

Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den Aktionairen wegen rückständig gebliebener Einzahlungen auf die Aktien (§. 16.) sind im Gerichtsstande der Gesellschaft anhängig zu machen, welchem sich jeder Aktienzeichner und dessen Rechtsnachfolger durch die Zeichnung resp. durch den Erwerb der Rechte aus der Zeichnung kraft des gegenwärtigen Statuts unterwirft.

§. 11.

Öffentliche
Bekannt-
machungen.

Die nach diesem Statute erforderlichen öffentlichen Bekanntmachungen, Zahlungs-Aufforderungen, Einladungen oder sonstigen Mittheilungen sind in folgenden öffentlichen Blättern:

- 1) dem Preussischen Staatsanzeiger,
- 2) der Neu-Strelitzer Zeitung,
- 3) der Stralsunder Zeitung,
- 4) der Berliner Börsen-Zeitung,
- 5) dem Berliner Börsen-Courier,

abzudrucken.

Sofern für einzelne Bekanntmachungen nicht ein Anderes ausdrücklich vorgeschrieben, genügt ein zweimaliger Abdruck der Bekanntmachung in jedem der vorgenannten Blätter zu deren rechtsverbindlicher Publikation.

Bei dem Eingehen des einen oder anderen der vorgenannten Blätter genügt die Bekanntmachung in den übrigen, bis die nächste Generalversammlung über die Wahl eines anderen Blattes an Stelle des eingegangenen Beschluß gefaßt hat.

Insertionen in andere als in die sub 1. bis 5. genannten Blätter bleiben dem Ermessen der Direktion überlassen, kommen aber, auch wenn sie erfolgt sind, bei Beurtheilung der Rechtsgültigkeit der betreffenden Publikationen u. s. w. nicht in Betracht.

§. 12.

Abänderungen des gegenwärtigen Statuts sind nur in Folge eines nach Maßgabe der §§. 27. bis 30. gefaßten Beschlusses der Generalversammlung unter landesherrlicher Genehmigung zulässig. Abänderung des Statuts

§. 13.

Auch der Verkauf der Bahn und die Auflösung der Gesellschaft, ingleichen die Vereinigung des Unternehmens mit einem anderen Eisenbahn-Unternehmen können nur in Folge eines in gleicher Weise gefaßten, landesherrlich bestätigten Beschlusses der Generalversammlung geschehen (§. 30.). Verkauf der Bahn und Auflösung der Gesellschaft

B. Besondere Bestimmungen.

I. Von den Aktien, Zinsen und Dividenden.

§. 14.

Sämmtliche im §. 5. gedachten Stamm- und Stamm-Prioritätsaktien der Gesellschaft werden auf den Inhaber lautend, unter fortlaufender Nummer, und zwar die Stammaktien nach dem sub A. und die Stamm-Prioritätsaktien nach dem sub B. anliegenden Schema stempelfrei ausgefertigt, jedoch erst dann ausgegeben, wenn der volle Nominalbetrag derselben zur Gesellschaftskasse berichtigt ist. Aktien unter deren Ausfertigung

Jede Aktie wird mit mindestens drei Faksimile-Unterschriften der Direktion versehen, dagegen vom Rendanten der Gesellschaft unterschrieben.

§. 15.

Vom Aktienkapital müssen innerhalb vier Wochen nach erfolgter Allerhöchster Bestätigung dieses Statuts und Eintragung in das Handelsregister in Berlin 10 Prozent (zehn Prozent), nach anderen drei Monaten 20 Prozent (zwanzig Prozent) und im Laufe des ersten Jahres wenigstens noch 10 Prozent (zehn Prozent) der einzelnen Aktienzeichnungen eingezahlt werden. Einzahlung Aktienkapitals.

Die Zahlung des übrigen Betrages geschieht nach Bedürfnis, worüber die Direktion nach vorherigem Einvernehmen mit dem Verwaltungsrathe jedoch mit der Maßgabe zu bestimmen hat, daß

- a) die Ausschreibungen auf sämtliche Zeichnungen gleichmäßig erfolgen, namentlich also die Einzahlungen der einzelnen Raten auf die Stamm-Prioritätsaktien die auf die Stammaktien geleisteten Einzahlungen nicht übersteigen, daß ferner
- b) keine einzelne Einzahlung den Betrag von 20 Prozent (zwanzig Prozent) der gezeichneten Summe übersteigen darf, und daß endlich
- c) zwischen jeder neuen Einzahlung und der ihr zunächst vorangegangenen eine Frist von drei Monaten liegen muß.

Die Aufforderungen zu Einzahlungen, sowie die Bestimmung der Zahlungs-orte erfolgt in der durch §. 11. vorgeschriebenen Form, dergestalt, daß jede Aufforderung mindestens zweimal öffentlich bekannt gemacht wird und vom Tage der letzten Bekanntmachung bis zum festgesetzten Einzahlungstermine eine mindestens vierwöchentliche Frist offen bleibt. Vollzahlungen auf Stamm- und Stamm-Prioritätsaktien, resp. die Ausgabe von solchen — volleingezahlten — Aktien sind gestattet, jedoch bezüglich der Stamm-Prioritätsaktien nur in dem Maße, als solche auf die Stammaktien bewirkt sind.

§. 16.

Folgen der Nichtzahlung der ausgeschriebenen Raten.

In Betreff der Folgen eines Verzuges der Aktionaire bei Einzahlung der ausgeschriebenen Raten bewendet es bei den Vorschriften der Artikel 220. ff. des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches.

§. 17.

Quittungsbogen.

Bis zur Berichtigung des Nominalbetrages und bis zur wirklichen Ausfertigung der Aktien werden über die geschehene Einzahlung der einzelnen Raten Quittungsbogen unter fortlaufender Nummer nach dem beiliegenden Schema H. ausgefertigt, die auf den Namen des Aktienzeichners lauten und nach geschehener Vollzahlung des Nominalbetrages der gezeichneten Aktien gegen diese selbst ausgetauscht werden.

Die Quittungsbogen werden mit zwei Faksimile-Unterschriften der Direktion versehen.

§. 18.

Ausgehändigung der Aktien.

Nach erfolgter Einzahlung des ganzen Nominalbetrages eines Quittungsbogens wird dem darin benannten Aktionair oder dessen Cessionar, oder demjenigen, welcher sich als rechtmäßiger Besitzer ausweist, gegen Rückgabe des Quittungsbogens die gemäß §. 14. ausgefertigte Aktie ausgehändigt.

Die Richtigkeit der Cession eines Quittungsbogens zu prüfen, ist die Gesellschaft zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet.

§. 19.

Verhaftung Aktionaire.

Kein Aktionair ist über den Betrag der gezeichneten Aktien hinaus zu Einzahlungen für Verbindlichkeiten der Gesellschaft verpflichtet.

§. 20.

§. 20.

Die Aktien der Gesellschaft, beziehungsweise die darauf geleisteten Einzahlungen werden während der Bauzeit und bis zu deren Ablaufe in Ansehung der Stammaktien und der Stamm-Prioritätsaktien mit fünf Prozent,

Zinse-
er
Einzahlungen

und zwar bis zur erfolgenden Volleinzahlung durch Verrechnung auf die nächstfolgende Einzahlung, von erfolgter Volleinzahlung an durch Baarzahlung verzinst. Letztere erfolgt gegen Einlieferung der betreffenden Kupons, welche die Direktion nach dem anliegenden Schema C. ausfertigt und, mit den Aktien zusammen aushändigt.

§. 21.

Mit Ablauf des Semesters (30. Juni, 31. Dezember), in welchem die Bahn — welche mit Genehmigung der Staatsregierung auch streckenweise in Betrieb gesetzt werden kann — vollständig fertig und in ihrer ganzen Ausdehnung in Betrieb gesetzt wird, hört die Verzinsung der Aktien aus dem Baukapitale auf und wird statt derselben der, vom 1. Juli resp. vom 1. Januar des auf die Betriebseröffnung folgenden Semesters an, aus dem Unternehmen aufkommende Reinertrag nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen vertheilt:

Divid- u
und bere- gesi
stellung.

- 1) aus dem Ertrage des Unternehmens werden zunächst die Verwaltungs-, Unterhaltungs-, Betriebs- und sonstigen Ausgaben, sowie alle auf dem Unternehmen haftenden Lasten bestritten;
- 2) sodann werden die in den §§. 6. und 7. gedachten jährlichen Beiträge zum Reserve- und Erneuerungsfonds vorweg genommen;
- 3) von dem hiernach verbleibenden Reste sind die den Beamten der Gesellschaft etwa bewilligten Lantiemen zu berechnen;
- 4) der nach der Berichtigung derselben verbleibende Reinertrag wird alljährlich in folgender Weise unter die Aktionaire vertheilt:
 - a) vorerst erhalten die Inhaber der Stamm-Prioritätsaktien 5 Prozent (fünf Prozent) des Nominalbetrages ihrer Aktien;
 - b) der nach Deckung dieser fünf Prozent (ad a.) verbleibende Betrag der Reineinnahme wird bis zur Höhe von 6 Prozent (sechs Prozent) pro Aktie unter die Inhaber der Stammaktien nach Verhältniß des Nominalbetrages ihrer Aktien vertheilt;
 - c) der nach Deckung dieser fünf, resp. sechs Prozent (ad a. b.) verbleibende Betrag der Reineinnahme wird unter die Inhaber der Stammaktien und der Stamm-Prioritätsaktien nach Verhältniß des Nominalbetrages ihrer Aktien vertheilt;
 - d) sollte in dem einen oder dem anderen Jahre der Reinertrag nicht ausreichen, um den Inhabern der Stamm-Prioritätsaktien die unter a. gedachte Dividende zu gewähren, so wird das Fehlende aus dem Reinertrage des oder der folgenden Jahre nachgezahlt, so daß die Inhaber der Stammaktien eine Dividende nicht eher erhalten, als bis diese Nachzahlung vollständig geleistet ist.

Die Zahlung der Dividenden aus der Gesellschaftskasse erfolgt jährlich vier Wochen nach Publikation der Bilanz (§. 25.).

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft resp. der Liquidation des Gesellschaftsvermögens haben die Inhaber der Stamm-Prioritätsaktien ein Prioritätsrecht an dem vertheilungsfähigen Erlöse für das Unternehmen, so daß sie aus demselben zunächst und vor den Inhabern der Stammaktien befriedigt werden müssen.

§. 22.

Dividenden-
scheine und
Talons.

Es werden auf fünf Jahre ausgehändigt und von fünf zu fünf Jahren erneuert:

mit den Stammaktien Dividendenscheine nach dem sub »D.«, Talons nach dem sub »E.«,

mit den Stamm-Prioritätsaktien Dividendenscheine nach dem sub »F.«, Talons nach dem sub »G.« anliegenden Schema.

D. E.
F. G.

Dividendenscheine und Talons werden unter der Firma der Direktion und zwei faksimilirten Unterschriften der Mitglieder derselben, sowie dem Stempel der Gesellschaft ausgefertigt.

Die Ausreichung neuer Dividendenscheine und Talons erfolgt gegen Einlieferung der mit den abgelassenen Dividendenscheinen und Kupons ausgegebenen Talons an den Vorzeiger der letzteren ohne Prüfung seiner Legitimation.

§. 23.

Zahlung der
Dividende.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt von der Gesellschaftskasse gegen Einlieferung der entsprechenden Dividendenscheine nach geschehener Feststellung der Bilanz des betreffenden Betriebsjahres.

Zinsen für die Aktien während der Bauzeit und Dividenden, die nicht binnen vier Jahren, von den in den §§. 20. und 21. angegebenen Zahlungstagen ab gerechnet, erhoben worden sind, verfallen zum Vortheile der Gesellschaft, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 24.

§. 24.

Öffentliches
Aufgebot und
Mortifizierung.

Sind Aktien, Dividendenscheine oder Talons beschädigt oder unbrauchbar geworden, jedoch in ihren wesentlichen Theilen dergestalt erhalten, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist die Direktion ermächtigt, gegen Einreichung der beschädigten Papiere auf Kosten des Inhabers neue gleichartige Papiere auszufertigen und auszureichen.

Außer diesem Falle ist die Ausfertigung und Ausreichung neuer Aktien in Stelle beschädigter oder verloren gegangener nur zulässig nach gerichtlicher Mortifizierung derselben, die im Domizil der Gesellschaft bei dem dortigen Gerichte erster Instanz nachzusuchen ist.

Eine gerichtliche Mortifizierung beschädigter oder verloren gegangener Dividendenscheine findet nicht statt; der Betrag derselben wird jedoch demjenigen,
der

der die Beschädigung oder den Verlust derselben innerhalb des im §. 23. gedachten vierjährigen Zeitraums bei der Direktion anzeigt und seinen Anspruch durch Einreichung des in seinen wesentlichen Theilen beschädigten Papiers und, im Falle des Verlustes, durch Vorlegung der Aktien selbst bescheinigt hat, binnen einer von Ablauf des vierjährigen Zeitraums zu berechnenden einjährigen präklusivischen Frist, gegen Rückgabe der über die rechtzeitige Anmeldung von der Direktion zu ertheilenden Bescheinigung, ausgezahlt. Im Falle des Verlustes jedoch nur dann, wenn der betreffende Dividendenbetrag nicht anderweit an den Präsentanten des Scheines ausgezahlt ist.

Auch eine gerichtliche Mortifizierung beschädigter oder verlorener Talons findet nicht statt.

Die Ausreichung neuer Dividendscheine geschieht, wenn der Aktieninhaber den Talon nicht einreichen kann, gegen Produktion der Aktie. Ist aber vor Ausreichung der neuen Dividendscheine der Verlust des Talons der Direktion von einem Dritten angemeldet, der auf die neuen Dividendscheine Anspruch macht, so werden letztere zurückbehalten, bis der Streit zwischen beiden Präsentanten im Wege der Güte oder des Prozesses erledigt ist.

II. Von der Aufstellung der Bilanzen.

§. 25.

Das Geschäfts- oder Betriebsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Bauzeit wird bis zum Ende desjenigen Halbjahres gerechnet, in welchem der Betrieb der Bahn vollständig eröffnet ist. Aufstell-
der Bilanz.

Während der Bauzeit wird nach Ablauf eines jeden vollen Kalenderjahres eine Bilanz aufgestellt, welche nachzuweisen hat, wie weit das Aktienkapital einbezogen und verwendet ist. Die Aufstellung der Generalbilanz über die ganze Bauausführung erfolgt nach Beendigung des Baues zur nächsten ordentlichen Generalversammlung. Nach Ablauf der Bauzeit ist am Schlusse eines jeden vollen Betriebsjahres das Resultat des Betriebes durch eine Bilanz darzustellen.

Ist der Betrieb der Bahn nicht im Anfange, sondern im Laufe eines Kalenderjahres eröffnet, so hat sich die erste Betriebsbilanz auf diesen Theil des Jahres zu beschränken.

In der Bilanz werden alle Einnahmen des betreffenden Jahres nach ihrem Baarbetrage, etwaige Ausstände nach ihrem Nominalbetrage, insofern sie aber unsicher sein sollten, nach gewissenhafter Schätzung von Seiten der Direktion und vorhandene Baumaterialien und Vorräthe nach dem Kostenpreise und bei eingetretener Werthverminderung, unter Berücksichtigung derselben, als Aktiva angesetzt.

Dagegen kommen als Passiva in Ansatz alle Ausgaben, die im Laufe des Jahres entstanden und nicht aus dem Reserve- oder Erneuerungsfonds (§§. 6. u. 7.) zu bestreiten gewesen sind, mit Einschluß der etwa am Jahreschlusse verbliebenen Rückstände.

Die Jahresbilanzen werden innerhalb der ersten drei Monate nach Ablauf des betreffenden Jahres durch die Gesellschaftsblätter mitgetheilt.

III. Von den Generalversammlungen.

§. 26.

Ort der Beru-
fung.

Alle Generalversammlungen werden in Berlin abgehalten. Die Beru-
fung dazu erfolgt unter Mittheilung der Tagesordnung durch den Vorsitzenden
des Verwaltungsrathes mittelst zweimaliger öffentlicher Bekanntmachungen, von
denen die erste spätestens vier Wochen vor dem Versammlungstage erscheinen muß.

§. 27.

Ordentliche Ge-
neralversamm-
lungen.

Ordentliche Generalversammlungen finden statt:

im zweiten Kalenderquartale eines jeden Betriebsjahres und zuerst in
dem auf den Ablauf der Bauzeit und die Eröffnung des Betriebes auf
der ganzen Bahn zunächst folgenden Jahre.

Regelmäßige Gegenstände der Berathung und der Beschlußnahme der-
selben sind:

- 1) der Bericht der Direktion über die Lage der Geschäfte und die Bilanz
(§. 25.) des verflossenen Jahres;
- 2) die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes;
- 3) Beschlußnahme über diejenigen Angelegenheiten, welche der Generalver-
sammlung von dem Verwaltungsrathe oder einzelnen Aktionairen zur
Entscheidung vorgelegt werden;
- 4) Feststellung der den Mitgliedern des Verwaltungsrathes zu gewährenden
Remuneration.

§. 28.

Anträge einzel-
ner Aktionaire.

Besondere Anträge einzelner Aktionaire müssen so zeitig vor der General-
versammlung dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes schriftlich mitgetheilt werden,
daß dieselben, gemäß Artikel 238. des Handelsgesetzbuches, noch in die öffentliche
zur Versammlung einladende Bekanntmachung aufgenommen werden können,
widrigenfalls die Beschlußnahme darüber bis zur nächsten Generalversammlung
zu vertagen ist.

§. 29.

Außerordent-
liche General-
versamm-
lungen.

Außerordentliche Generalversammlungen finden statt in allen Fällen, in
denen die Direktion oder der Verwaltungsrath oder die Aufsichtsbehörde sie für
nöthig erachten, auf Antrag der Aktionaire, gemäß Artikel 237. des Handels-
gesetzbuches, wenn ein solcher Antrag unter Deposition des zehnten Theiles der
emittirten Aktien und unter Angabe der Gründe und des Zweckes bei der Direktion
gestellt ist.

In der Einladung muß der Gegenstand der zu verhandelnden Geschäfte
kurz angedeutet werden.

§. 30.

§. 30.

Außer den im §. 27. genannten Gegenständen ist der Beschluß einer Generalversammlung überhaupt erforderlich: Nothwendigkeit einer Generalversammlung

- 1) zur Ausdehnung des Unternehmens über den im §. 1. angegebenen Zweck hinaus und auf die im §. 2. vorbehaltene anderweitige Benutzungsart;
- 2) zur Vermehrung des Grundkapitals der Gesellschaft und Kontrahirung von Anlehen für dieselbe;
- 3) zur Fusion der Gesellschaft mit einer anderen und Feststellung der desfalligen Bedingungen;
- 4) zur Uebernahme des Betriebes auf anderen Eisenbahnen und zur Uebertragung des Betriebes der eigenen Bahn an eine andere Gesellschaft oder an den Staat;
- 5) zu Abänderungen und Ergänzungen des Statuts auch in anderen, als in den unter 1. und 2. genannten Fällen;
- 6) zur Aufhebung der Beschlüsse früherer Generalversammlungen;
- 7) zur Auflösung der Gesellschaft;
- 8) zum Verkaufe der Bahn.

Beschlüsse über diese Gegenstände können sowohl in ordentlichen wie in außerordentlichen Generalversammlungen gefaßt werden; der Gegenstand der Berathung muß aber in beiden Fällen nach §. 29. in der Vorladung bezeichnet sein.

Alle unter 1. bis 5., 7. und 8. gedachten Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Staates, um für die Gesellschaft verbindlich zu werden. Die Genehmigung des Staates ist auch zur Aufhebung der Beschlüsse früherer Generalversammlungen nothwendig, wenn dieselben vom Staate genehmigt worden waren.

Ueber die Art der Abstimmung über diese Gegenstände setzt §. 35. das Nöthige fest.

§. 31.

Das Stimmrecht der Stammaktionaire und der Stamm-Prioritätsaktionaire in den Generalversammlungen ist gleich. Stimmzählung

Bei allen Abstimmungen geben je fünf Stamm-Prioritäts- und zehn Stammaktien, wenn sich der Besitz von fünf zu funfzig, beziehungsweise von zehn bis Einhundert Aktien in einer Person vereinigt, Eine Stimme, und für die Aktien, welche Jemand über die Zahl von funfzig beziehungsweise Einhundert besitzt, je zehn beziehungsweise zwanzig Aktien Eine Stimme, so jedoch, daß auch der größte Aktienbesitz zu nicht mehr als fünfundzwanzig Stimmen (das volle Stimmrecht für fünfhundert, beziehungsweise für Eintausend Aktien) berechtigt. Ist ein Aktionair zugleich Bevollmächtigter eines oder mehrerer anderen Aktionaire, so kann er einschließlich des Stimmrechts des oder der letzteren niemals mehr als Einhundertundzehn Stimmen haben.

Die Besitzer von weniger als fünf, beziehungsweise zehn Aktien sind zur Theilnahme an der Generalversammlung, jedoch ohne Stimmrecht, befugt.

§. 32.

Legitimation
der Stimmberechtigten.

Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind nur diejenigen berechtigt, welche wenigstens drei Tage vor der Versammlung ihre Aktien bei der Gesellschaftskasse deponiren.

Die Nummern der deponirten Aktien werden in einem nach der laufenden Nummer angelegten Verzeichnisse roth angestrichen, und das unter der Kontrolle eines dazu bestimmten Beamten zu führende Verzeichniß wird von einem Mitgliede der Direktion verifizirt.

Gleichzeitig muß jeder Aktionair ein von ihm unterschriebenes Verzeichniß der Nummern seiner Quittungsbogen oder Aktien in zwei Exemplaren übergeben, von denen das eine zu den Akten der Gesellschaft geht, das andere mit dem Siegel der Gesellschaft unter dem Vermerke der erfolgten Deposition, sowie mit der Stimmenzahl versehen, ihm zurückgegeben wird. Dies Exemplar dient als Einlaßkarte zur Versammlung, auf Grund deren beim Eintritte in dieselbe dem Inhaber eine angemessene Anzahl von Stimnzetteln verabfolgt wird, welche mit dem Stempel der Gesellschaft versehen sind.

Gegen Rückgabe dieses Duplikatverzeichnisses erfolgt die Rückgabe der betreffenden Aktien.

Die Stelle der wirklichen Deposition bei der Gesellschaft vertreten nur amtliche Bescheinigungen von Staats- und Kommunalbehörden über die bei ihnen erfolgte Deposition der Aktien.

§. 33.

Vertretung der
Aktionaire.

Es ist einem jeden Aktionair gestattet, sich durch einen aus der Zahl der übrigen Aktionaire gewählten Bevollmächtigten vertreten zu lassen, dessen Vollmachtsauftrag durch schriftliche, entweder von einem Mitgliede des Gesellschaftsvorstandes oder von einem Beamten, der ein öffentliches Siegel zu führen berechtigt ist, beglaubigte Vollmacht nachgewiesen ist.

Diese Vollmacht muß spätestens einen Tag vor der Versammlung im Bureau der Gesellschaft niedergelegt, auch die Legitimation des Vollmächtsausstellers auf die im §. 32. vorgeschriebene Weise geführt werden.

Aktionaire weiblichen Geschlechts dürfen den Generalversammlungen überhaupt nicht beiwohnen; doch können sie sich durch ihre Ehemänner oder durch Bevollmächtigte aus den Aktionairen vertreten lassen. Ein Ehemann bedarf zur Vertretung seiner Ehefrau keiner besonderen Vollmacht. Juristische Personen können durch ihre verfassungsmäßigen Repräsentanten, Handlungshäuser durch ihre Prokuristen, Bevormundete durch ihre Vormünder vertreten werden, ohne daß diese Vertreter Aktionaire zu sein brauchen.

§. 34.

Entscheidung
über das
Stimmrecht.

Die Entscheidung etwaiger Reklamationen über das Stimmrecht gebührt der Generalversammlung.

§. 35.

Gang der Verhandlungen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes oder dessen Stellvertreter leitet die Verhandlung, bestimmt die Folgeordnung der zu verhandelnden Gegenstände, ertheilt das Wort und setzt das bei der Abstimmung zu beobachtende Verfahren fest.

Bei

Bei schriftlicher Abstimmung, für welche nur gestempelte Stimmzettel gültig sind, müssen dieselben, bei Vermeidung der Ungültigkeit, vom Stimmgeber unterschrieben und mit der Zahl der Stimmen, welche er repräsentirt, versehen sein.

Die Beschlüsse werden in der Regel durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt, jedoch findet davon eine Ausnahme statt bei den nach §. 30. ad 1—5., 7. und 8. gedachten Gegenständen, über welche nur eine Majorität von zwei Dritttheilen der anwesenden oder vertretenen Stimmen entscheiden kann.

Bei Stimmgleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§. 36.

Bei der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes findet in den jährlichen ordentlichen Generalversammlungen folgendes Verfahren statt:

- a) die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, auf deren jeden eine, der Zahl der zu Wählenden gleiche Zahl Namen wahlfähiger Gesellschaftsmitglieder zu sehen ist;
- b) Stimmzettel, welche formell ungültig sind, bleiben ebenso wie unstatthafte Wahlen unberücksichtigt;
- c) der Vorsitzende ernennt aus der Versammlung Kommissarien, welche unter Hinzuziehung eines Direktionsmitgliedes oder Beamten der Gesellschaft die Stimmzettel sammeln, die Unterschriften der Stimmzettel und die beigefügte Stimmenzahl nach dem angefertigten, von dem vorgedachten Beamten der Gesellschaft zu unterschreibenden Verzeichnisse der anwesenden Aktionaire prüfen, nach erfolgter Verifikation den Inhalt der Stimmzettel, unter Verschweigung des Namens des Stimmgebers, laut vorlesen und die Resultate der Abstimmung zusammenstellen;
- d) als erwählt werden diejenigen erachtet, welche nach Inhalt der betreffenden Stimmzettel die größte Anzahl der Stimmen und zugleich die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben. Ist die absolute Majorität nicht erreicht, so werden diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in doppelter Anzahl der noch zu Wählenden zur engeren Wahl gestellt;
- e) das Resultat der Abstimmung wird hiernächst in das über die Verhandlung aufzunehmende Protokoll registriert, die Stimmzettel aber werden mit dem Siegel der Gesellschaft verschlossen und affervirt;
- f) bei eintretender Stimmgleichheit bei der Wahl entscheidet über die Priorität das Loos, nach einer vom Vorsitzenden in der Versammlung selbst zu treffenden Anordnung.

Sollten einer oder mehrere der Gewählten die Annahme des Amtes, zu welcher überhaupt ein Zwang nicht stattfindet, ausschlagen, was angenommen wird, sofern sie sich binnen acht Tagen nach geschehener Bekanntmachung der Wahl nicht schriftlich zur Annahme bereit erklärt haben, so rücken nach der Reihenfolge diejenigen ein, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

§. 37.

Das über die Verhandlung jeder Generalversammlung aufzunehmende Protokoll wird gerichtlich oder notariell aufgenommen und von den anwesenden

Mitgliedern des Verwaltungsrathes und der Direktion, sowie zwei sonstigen Aktionären unterschrieben.

Die Namen der in der Generalversammlung erschienenen stimmberechtigten Aktionäre und die Legitimation der Bevollmächtigten oder Vertreter der abwesenden stimmberechtigten Aktionäre sind durch eine von den in der Generalversammlung anwesenden Mitgliedern der Direktion zu vollziehende Präsenzliste, welcher die Stimmenzahl beizufügen ist, festzustellen und solche dem Protokolle beizufügen.

Protokoll und Präsenzliste haben vollkommen beweisende Kraft für den Inhalt der von der Gesellschaft gefassten Beschlüsse.

Die namentliche Aufzählung der in der Generalversammlung erschienenen nicht stimmberechtigten Aktionäre in der Präsenzliste ist nicht erforderlich.

IV. Von den Repräsentanten und Beamten der Gesellschaft.

A. Verwaltungsrath.

§. 38.

Zweck,
Umfang, Eig.

Der Verwaltungsrath und die Direktion haben nach Maßgabe der hier folgenden Bestimmungen alle Angelegenheiten, Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft wahrzunehmen und dieselben nach Innen und nach Außen zu vertreten, soweit dies nicht ausdrücklich der Generalversammlung vorbehalten ist.

Der Verwaltungsrath besteht aus neun Mitgliedern, von denen wenigstens sieben in Preußen ihren Wohnsitz haben müssen, und ist beschlußfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder, mit Einschluß des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, anwesend oder vertreten sind.

Außerdem steht es den Verwaltungsraths-Mitgliedern frei, sich durch einen schriftlich Bevollmächtigten aus der Mitte des Verwaltungsrathes vertreten zu lassen; doch darf kein Mitglied mehr als zwei Vertretungen gleichzeitig übernehmen.

§. 39.

Wahlfähigkeit.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrathes muß im Besitze von fünfzig Stamm- oder fünfundzwanzig Stamm-Prioritätsaktien sein, welche für die Dauer des Amtes bei der Gesellschaftskasse niederzulegen sind.

Nicht wahlfähig sind:

- 1) Beamte der Gesellschaft;
- 2) Minderjährige und unter Kuratel stehende Personen, sowie diejenigen, welche ihre Zahlungen eingestellt und sich nicht vollständig mit ihren Gläubigern regulirt haben;
- 3) Personen, welche nicht im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind;
- 4) Personen, welche mit der Gesellschaft in Kontratsverhältnissen stehen.

§. 40.

Der
Vorsitzende.

Der Verwaltungsrath wählt aus seinen in Preußen wohnhaften Mitgliedern alljährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für denselben.

Zur

Zur Gültigkeit der Wahl ist erforderlich, daß sie mit absoluter Stimmenmehrheit erfolgt ist.

Der Vorsitzende beruft die Versammlung, ladet zu derselben die Mitglieder nach Befinden durch schriftliche, den Gegenstand der Besprechung andeutende Circulare ein, und leitet in der Versammlung selbst die Verhandlungen.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden hat, wenn letzterer verhindert ist, überall die gleichen Rechte und Pflichten, wie der Vorsitzende selbst.

§. 41.

Der Verwaltungsrath versammelt sich in der Regel allmonatlich an einem, vorher durch Beschluß zu bestimmenden Tage, außerdem aber so oft, als es der Vorsitzende für nothwendig erachtet, oder vier Mitglieder, unter Angabe der Gründe, es verlangen.

Versam-
gen und Be-
schlüsse

Die Sitzungen finden in der Regel in Berlin statt, können aber auch auf einer der Stationen, welche die nach §. 1. zu erbauende Eisenbahn berührt, abgehalten werden.

Gültige Beschlüsse können nur mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt werden. Für den Fall der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Bei Wahlen wird eben so verfahren, wie im §. 36. sub d. und am Ende vorgeschrieben ist.

Mitglieder, welche bei dem Gegenstande der Berathung ein Privatinteresse haben, müssen sich bei der Abstimmung entfernen.

Ueber die Beschlüsse des Verwaltungsrathes wird ein Protokoll geführt.

§. 42.

Der Verwaltungsrath ist der Vertreter der Aktionaire und zugleich das Organ derselben, durch welches diese möglichst genaue Kenntniß vom gesammten Betriebe der Angelegenheiten der Gesellschaft nehmen und in den Generalversammlungen die ihnen nöthig scheinenden Aufschlüsse erlangen können. Er ist gleichzeitig dazu berufen, die Geschäftsführung der Direktion in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen.

Reffort
Befugniß

Der Verwaltungsrath kann deshalb von der Direktion jederzeit Auskunft über ihre Thätigkeit im Allgemeinen und über spezielle Fragen verlangen und er ist berechtigt, durch Kommissarien die Akten, Bücher und Rechnungen einzusehen. Vornehmlich reffortirt von dem Verwaltungsrathe die Kontrolle des Finanzwesens der Gesellschaft.

Zur Berathung und Beschlußnahme des Verwaltungsrathes gehören insbesondere:

- 1) die Begutachtung der Vorschläge der Direktion bezüglich der Einzahlungen auf die Aktien (§. 15.);
- 2) die Wahl der Direktionsmitglieder und Genehmigung der mit denselben zu schließenden Verträge;

- 3) die Feststellung der allgemeinen Normen für die Anstellung der Beamten;
- 4) die Genehmigung zur Anstellung von Beamten der Gesellschaft auf Lebenszeit und zu den denselben zu gewährenden Pensionen, sowie zur Entlassung und Pensionirung der Beamten dieser Kategorie;
- 5) die Genehmigung von Verträgen, deren Objekte mehr als 30,000 Rthlr. betragen;
- 6) die Bewilligung von außerordentlichen Remunerationen oder Tantiemen an die Mitglieder der Direktion;
- 7) die Anlage eines zweiten Bahngeleises, sowie alle im §. 30. unter 1. bis 8. genannten, demnächst noch zum Beschlusse der Generalversammlung zu bringenden Gegenstände;
- 8) die Feststellung der Inventur und Bilanz;
- 9) die Bestimmung über die Höhe der jährlichen Dividende;
- 10) die Normirung der Rücklagen, welche aus der Betriebskasse zum Reserve- und Erneuerungsfonds zu zahlen sind (§§. 6. und 7.);
- 11) Abnahme, Monitorung und Anerkennung der von der Direktion zu legenden Rechnungen und Ausfertigung der Decharge.

Die von dem Verwaltungsrathe ausgehenden Schriftstücke werden in der Ausfertigung vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter rechtsgültig vollzogen, in Behinderung beider von einem durch den Verwaltungsrath delegirten zeitweiligen Vertreter.

§. 43.

Legitimation.

Zur Ausübung aller dem Verwaltungsrathe im §. 42. erteilten Befugnisse bedarf derselbe gegen dritte Personen und Behörden keiner weiteren Legitimation, als eines auf Grund der von der Gerichtsperson oder dem Notar aufgenommenen Wahlverhandlung ausgefertigten, gerichtlichen oder notariellen Attestes über die Personen seiner jedesmaligen Mitglieder.

§. 44.

Verpflichten und
antwort-
lichkeit.

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes verwalten ihr Amt nach bester Einsicht und sind der Gesellschaft nach Maßgabe des Gesetzes für ihre Handlungen verhaftet.

Die nicht in Preußen wohnhaften Mitglieder nehmen für etwaige Regressansprüche bei dem Königlichen Stadtgerichte zu Berlin Domizil.

§. 45.

auer des
Amtes.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrathes ist eine dreijährige. In den drei ersten Jahren nach der fünfjährigen Amtsdauer (§. 55.) des ersten Verwaltungsrathes scheiden je drei Mitglieder, welche durch das Loos bestimmt werden, aus. Später entscheidet über das Ausscheiden nur die Amtsdauer.

Die Ausgeschiedenen sind sofort wieder wählbar.

§. 46.

§. 46.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrathes kann sein Amt nach vorgängiger vierwöchentlicher schriftlicher Aufkündigung niederlegen. Austritt.

Ein solcher Austritt ist nothwendig, wenn die im §. 39. erwähnten Fälle der Wahlunfähigkeit eintreten.

§. 47.

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes erhalten, außer der Erstattung ihrer baaren Auslagen, eine Remuneration, welche in ihrem Gesamtbetrage durch die Generalversammlung festgesetzt wird. Remuneration der Mitglieder des Verwaltungsrathes

Die Vertheilung derselben unter die Mitglieder des Verwaltungsrathes erfolgt im Verhältniß zur Zahl der Sitzungen, welchen dieselben beigewohnt haben; dabei wird für den jedesmaligen Vorsitzenden das Doppelte angenommen.

B. Direktion.

§. 48.

Die kollegialisch organisirte Direktion, welche spätestens drei Monate nach Aushändigung der Konzessionsurkunde zusammengetreten sein muß, wird gebildet aus mindestens drei besoldeten, im Eisenbahnsach erfahrenen Mitgliedern, von denen zwei die Befähigung für den Preussischen höheren Verwaltungs- oder Justizdienst, einer die Qualifikation zum Preussischen Bauinspektor haben müssen. Zusammen-
setzung

Die Wahl sämtlicher Direktionsmitglieder und die Feststellung der mit denselben abzuschließenden Verträge, sowie die Wahl des Vorsitzenden der Direktion und seines Stellvertreters aus der Zahl der besoldeten Mitglieder, steht dem Verwaltungsrathe zu.

§. 49.

Der Vorsitzende leitet die gesammte Geschäftsführung außerhalb und innerhalb der Sitzungen. Vorsitzender der
Direktion.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden hat, wenn letzterer verhindert ist, überall die gleichen Rechte und Pflichten, wie der Vorsitzende selbst.

§. 50.

Der Direktion steht die Leitung sämtlicher Angelegenheiten der Gesellschaft zu, soweit diese nicht nach Maßgabe des Statuts der Generalversammlung und dem Verwaltungsrathe vorbehalten sind. Sie bringt ihre eigenen, sowie die Beschlüsse der Generalversammlung und des Verwaltungsrathes in Ausführung, ernennt die Beamten der Gesellschaft unter Feststellung der mit denselben zu schließenden Engagementsverträge und Ertheilung der erforderlichen Dienstinstruktionen, innerhalb der Grenzen des Etats mit den im §. 42. festgesetzten Beschränkungen. Befugnisse
Direktion.

Sie fertigt die Aktien, Dividendenscheine, Talons und Kupons aus, verwaltet den Gesellschaftsfonds und die künftige eingehenden Bahn- und Transportgelder, sowie alle sonstigen Einnahmen der Gesellschaft, erwirbt die zur Erreichung des

des Gesellschaftszweckes nach ihren Beschlüssen erforderlichen Grundstücke und sonstiges bewegliches und unbewegliches Eigenthum, bewirkt die vollständige Erbauung der Bahn nach dem genehmigten Bauplane, sowie demnächst ihre Unterhaltung, desgleichen die Aufführung, Anschaffung und Unterhaltung der erforderlichen Gebäude, Materialien, Transportmittel und Utensilien, organisirt und leitet den Transportbetrieb, schließt alle im Interesse der Gesellschaft erforderlichen Kauf-, Verkauf-, Tausch-, Pacht-, Mieths-, Engagements-, Anleihe- und sonstigen Verträge Namens der Gesellschaft und repräsentirt die letztere in allen Verhältnissen nach Innen und nach Außen auf das vollständigste mit allen Befugnissen und Verpflichtungen, welche das Gesellschaftsstatut und die Gesetze dem Vorstände einer Aktiengesellschaft gemäß den Vorschriften des Deutschen Handelsgesetzbuches und seines Einführungsgesetzes vom 24. Juni 1861. beilegen.

Insbefondere ist die Direktion legitimirt, die Gesellschaft in allen gerichtlichen Handlungen zu vertreten, Eintragungen jeder Art in die Hypothekenbücher und Börsungen in denselben zu bewilligen, Veräußerungen vorzunehmen, Vergleiche zu schließen und Streitigkeiten schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterwerfen.

§. 51.

Geschäftsführung der Direktion.

Die Geschäftsführung der Direktion wird nach einer von ihr festzustellenden, vom Handelsminister zu genehmigenden Geschäftsinstruktion geregelt. Sie versammelt sich, so oft es der Vorsitzende für nothwendig erachtet oder vier Mitglieder derselben es verlangen, mindestens aber wöchentlich einmal.

Gültige Beschlüsse können nur mit Stimmenmehrheit gefaßt werden. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen mindestens drei Mitglieder und darunter zwei besoldete gegenwärtig sein.

Mitglieder, welche bei den Gegenständen der Berathung ein Privatinteresse haben, müssen sich bei der Berathung und Abstimmung entfernen.

Die von der Direktion ausgehenden Schriftstücke und Erklärungen werden vom Vorsitzenden oder seinem regelmäßigen Stellvertreter oder dem im Dienste ältesten besoldeten Direktionsmitgliede, Urkunden und Verträge außerdem noch von mindestens einem Direktionsmitgliede mit rechtsverbindlicher Kraft für die Gesellschaft vollzogen.

§. 52.

Legitimation der Direktion.

Zur Ausübung aller der Direktion zustehenden Befugnisse bedarf dieselbe gegen dritte Personen und Behörden keiner weiteren Legitimation, als eines auf Grund der von einer Gerichtsperson oder einem Notar aufgenommenen Wahlverhandlung ausgefertigten gerichtlichen oder notariellen Attestes über die Personen ihrer jedesmaligen Mitglieder.

§. 53.

Verantwortlichkeit der Direktion.

Die Mitglieder der Direktion verwalten ihr Amt nach bester Einsicht und sind der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze für ihre Handlungen verhaftet.

§. 54.

§. 54.

Es steht der Gesellschaft gemäß Artikel 227. des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches das Recht zu, jedes Mitglied des Verwaltungsrathes und der Direktion, die besoldeten Mitglieder jedoch nur unbeschadet ihrer aus den Engagementsverträgen erwachsenden finanziellen Rechte, zu jeder Zeit vom Amte zu entfernen, jedoch nur, wenn dies auf Antrag des Verwaltungsrathes in einer Generalversammlung durch Stimmenmehrheit beschlossen wird.

Suspension
und Entziehung
von Vorstand-
mitgliedern:

Der Verwaltungsrath ist zu einem solchen Antrage nur berechtigt, wenn sich in einer unter Angabe dieses Zweckes berufenen, von sämtlichen Mitgliedern besuchten Versammlung desselben mindestens sechs bejahende Stimmen dafür entscheiden; auch kann der Verwaltungsrath auf gleiche Weise die Suspension von Mitgliedern des Verwaltungsrathes oder der Direktion vom Amte bis zur definitiven Entscheidung der nächsten Generalversammlung anordnen.

§. 55.

Für die ersten fünf Jahre besteht der Verwaltungsrath der Gesellschaft, kraft dieses Statuts, aus nachstehend genannten drei Personen, welche unter dem Ehrenpräsidium Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Putbus und Sr. Durchlaucht des Prinzen Biron von Kurland das ganze Aktienunternehmen ins Leben gerufen haben, die jedoch verpflichtet sind, nach Allerhöchster Bestätigung dieses Statuts ihre Zahl unter Berücksichtigung der im §. 38. vorgeschriebenen Nationalität bis auf neun zu erhöhen, nämlich:

Vorüberge-
hende Bestim-
mungen.

- 1) Sr. Durchlaucht Wilhelm Fürst und Herr zu Putbus, Oberst-Truchseß und Erblandmarschall im Fürstenthum Rügen und dem Lande Barth;
- 2) Sr. Durchlaucht Caligt Prinz Biron von Kurland, Oberst-Schenk und freier Standesherr auf Poln. Wartenberg;
- 3) Ludwig Bernhard, Geheimer Rechnungsrath a. D. zu Berlin.

Dieselben bleiben in Funktion bis zu der nach Ablauf von fünf Jahren stattfindenden nächsten ordentlichen Generalversammlung (§. 27.). In dieser scheiden dann drei der Mitglieder nach §. 45. aus.

Sollten sich bis zum Ablaufe der Bauzeit Vakanz in dem vorgedachten Verwaltungsrathe ereignen, so haben die übrig gebliebenen Mitglieder die Befugniß, ihre Zahl, unter Beobachtung der Bestimmung im §. 41. dieses Statuts, durch eine in ihrer Mitte zu vollziehende Wahl zu ergänzen. Die solchergestalt gewählten Mitglieder bleiben ebenfalls bis zu der oben bezeichneten Generalversammlung in Funktion.

Die Mitglieder dieses Verwaltungsrathes haben das Recht, sich durch ein anderes Mitglied kraft einer demselben zu ertheilenden Vollmacht vertreten zu lassen; jedoch darf kein Mitglied mehr als zwei solcher Vertretungen gleichzeitig übernehmen.

§. 56.

Während und bis zum Ablaufe der Bauzeit (§. 25.) werden die §. 55. aufgeführten Mitglieder des Verwaltungsrathes zur Wahrnehmung der Geschäfte desselben bevollmächtigt.

§. 57.

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes erhalten während der Bauzeit keine besondere Remuneration, vielmehr haben dieselben nur Anspruch auf Ersatz der bei Ausübung ihrer Funktionen entstehenden baaren Auslagen.

§. 58.

Bis zur definitiven Bildung der Direktion (§. 48.) werden die derselben obliegenden Geschäfte interimistisch unter der Firma der Direktion wahrgenommen durch

- 1) Se. Durchlaucht Wilhelm Fürsten und Herrn zu Putbus, Oberst-Bruchseß und Erblandmarschall im Fürstenthum Rügen und dem Lande Barth;
- 2) Se. Durchlaucht Caligt Prinz Biron von Kurland, Oberst-Schenk, freier Standesherr auf Poln. Wartenberg;
- 3) Ludwig Bernhard, Geheimer Rechnungsrath a. D. zu Berlin.

Mit dem Eintritt eines oder mehrerer besoldeter Mitglieder in die Direktion treten die vorbezeichneten und zwar zunächst das sub 3., sodann das sub 2. und zuletzt das sub 1. genannte Mitglied aus der interimistisch gebildeten Direktion aus.

Die Funktionen als Mitglieder des Verwaltungsrathes der vorstehend ad 1. bis 3. Genannten ruhen bis zum Austritt aus der interimistisch gebildeten Direktion.

§. 59.

Der durch das gegenwärtige Statut im §. 55. konstituirte erste Verwaltungsrath ist in Gemeinschaft mit der Direktion innerhalb der daselbst festgesetzten fünfjährigen Frist ermächtigt, die von der Königlich Preussischen Regierung etwa als erforderlich zu erachtenden oder von derselben auf den Antrag der Gesellschaftsvorstände genehmigten Abänderungen dieses Statuts vorzunehmen und in urkundlicher Form selbst oder durch einen Bevollmächtigten mit verbindlicher Kraft für alle Aktionäre der Gesellschaft zu vollziehen.

§. 60.

Wer durch Aktienzeichnung dem Unternehmen beitrith, unterwirft sich damit den von dem Gründungskomite verlaublichen Bestimmungen dieses Statuts, und erkennt alle von dem Komite als Stellvertreter der Gesellschaft innerhalb der statutenmäßigen Grenzen getroffenen Maßnahmen und eingegangenen Verpflichtungen als für sich verbindlich an.

§. 61.

Die Staatsregierung ist berechtigt, zu spezieller technischer Beaufsichtigung der Bauausführung einen besonderen technischen Kommissarius zu bestellen, welcher unbeschadet des allgemeinen gesetzlichen Aufsichtsrechts und der daraus entspringenden Befugnisse des Staates ermächtigt sein soll, sich zu jeder Zeit, in jeder ihm geeignet scheinenden Weise, von der vorschriftsmäßigen und soliden Ausführung des Baues nach den genehmigten Plänen und Konstruktionen und von der

der Beschaffenheit der zu verwendenden Materialien und Betriebsmittel durch Einsichtnahme und Proben Ueberzeugung zu verschaffen. Seinen Anordnungen ist die Gesellschaft unter Vorbehalt des Rekurses an das Königliche Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, binnen zehntägiger präklusivischer Frist, unbedingt Folge zu leisten verbunden.

Es steht ihm das Recht zu, in dringenden Fällen selbstständig, sonst aber mit Genehmigung der vorgesetzten Aufsichtsbehörde die Ausführung eines Bauwerkes und die Benutzung von Betriebsmitteln zu untersagen.

Die dem Staate durch die spezielle Aufsicht erwachsenden Kosten hat die Gesellschaft nach Bestimmung des Königlichen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorschußweise zu berichtigen resp. zu erstatten.

Beilagen.

Schema A.

Stamm-Aktie

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft

N^o

über

Einhundert Thaler Preussisch Kurant.

Der Inhaber dieser Aktie ist nach Verhältniß des Betrages derselben in Gemäßheit des am Allerhöchst bestätigten Statuts an dem gesammten Eigenthume der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft und an dem Gewinne und Verluste derselben betheiligt.

....., den ..^{ten} 18..

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) Die Direktion.
(Faksimilirte Unterschriften.)

Eingetragen Fol. des Aktienbuches.
(Unterschrift des Rendanten.)

Schema B.

Stamm-Prioritäts-Aktie

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft

N^o.....

über

zweihundert Thaler Preussisch Kurant.

Der Inhaber dieser Aktie ist nach Verhältniß des Betrages derselben in Gemäßheit des am Allerhöchst bestätigten Statuts an dem gesammten Eigenthume der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft und an dem Gewinne und Verluste derselben mit allen denjenigen Vorrechten betheiligt, die nach dem Gesellschaftsstatute den Inhabern der Stamm-Prioritäts-Aktien zustehen, insbesondere also mit dem prioritätischen Ansprüche auf Gewährung einer Dividende von fünf Prozent pro anno aus dem Reinertrage des Unternehmens der Gesellschaft, ehe irgend eine Dividendenzahlung an die Inhaber der Stamm-Aktien stattfinden darf.

....., den ..^{ten} 18..

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) Die Direktion.
(Gaffsimilirte Unterschriften.)

Eingetragen Fol..... des Aktienbuches.
(Unterschrift des Mendanten.)

Schema C.

Schema C.

K u p o n

zur

Stamm-Prioritäts- }
Stamm- } Aktie N^o.....

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft

während der Bauzeit, nachdem die Aktie voll eingezahlt ist.

Der Inhaber dieses Kupons empfängt gegen Einlieferung desselben
5 Rthlr. } Preussisch Kurant, geschrieben } fünf
2½ Rthlr. } } zwei und einen halben } Thaler
Preussisch Kurant als Zinsen der vorgedachten Aktie für das halbe Jahr
vom bis zum
....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Faksimile von zwei Unterschriften.)

Eingetragen Fol.

(Unterschrift des Beamten.)

Dieser Kupon wird ungültig, wenn dessen Geldebtrag bis einschließlich den nicht erhoben ist.

Schema D.

D i v i d e n d e n s c h e i n

zur

Stamm-Aktie №.....

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

Der Inhaber dieses Scheins empfängt gegen Einlieferung desselben aus der Kasse der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft die auf obige Aktie fallende Dividende auf das Jahr, deren Betrag von der Direktion bekannt gemacht werden wird.

....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Faksimile von zwei Unterschriften.)

Eingetragen in das Dividendenschein-Register
Fol.

(Unterschrift des Beamten.)

Dieser Dividendenschein wird ungültig, sofern die darauf zu erhebende Dividende nicht innerhalb vier Jahren, von der Verfallzeit ab gerechnet, erhoben wird.

Schema E.

L a l o n

zur

Stamm-Aktie №.....

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

Der Inhaber dieses Talons empfängt im Jahre gegen Einlieferung desselben die zu der vorbezeichneten Aktie auszufertigenden Dividendenscheine pro bis inklusive.

....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Faksimile von zwei Unterschriften.)

Schema F.

Schema F.

Dividendenschein

zur

Stamm-Prioritäts-Aktie №....

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

Der Inhaber dieses Dividendenscheins hat gegen Einlieferung desselben aus der Kasse der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft an dem laut Bilanz sich ergebenden Reingewinne der Gesellschaft für das Jahr einen Prioritätsanspruch bis zu 10 Rthln. Preuß. Kur., geschrieben zehn Thalern Preussisch Kurant. Außerdem wird der Ueberschuß des vertheilungsfähigen Reingewinnes, der sich nach Auszahlung dieser fünf Prozent, sowie demnächst fernerer sechs Prozent pro anno auf die Stamm-Aktien herausstellt, pro rata unter die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien vertheilt.

....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Faksimile von zwei Unterschriften.)

Schema G.

Talon

zur

Stamm-Prioritäts-Aktie №.....

der

Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

Der Inhaber dieses Talons empfängt im Jahre gegen Einlieferung desselben die zu der obengenannten Aktie auszufertigenden Dividendenscheine pro bis inklusive.

....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Faksimile von zwei Unterschriften.)

Schema H.

Quittungsbogen
der
Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft
N^o.....

Herr hat sich durch Zeichnung einer { Stamm-Prioritäts- } Aktie von { zweihundert } Thalern { Stamm- } { Einhundert } Preussisch Kurant bei der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft betheiliget und auf diesen Betrag die hierunter von der Direktion der Gesellschaft zu quittirenden Raten eingezahlt. Die Auskhändigung der Aktie gegen Rückgabe dieses Quittungsbogens geschieht, nachdem der Betrag der Aktie voll eingezahlt ist.
....., den ..^{ten} 18..

Die Direktion der Berliner Nord-Eisenbahngesellschaft.

(L. S.) (Zwei faksimilirte Unterschriften.)

(Nr. 7934.) Konzessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Biederitz bis zur Preussisch-Deffauischen Landesgrenze in der Richtung auf Zerbst, und einen Nachtrag zu dem Statut der gedachten Gesellschaft. Vom 9. Oktober 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c.

Nachdem die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft durch ihre Gesellschaftsvorstände auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung ihrer Aktionaire vom 28. Dezember 1869. darauf angetragen hat, ihr die Ausdehnung ihres Unternehmens auf den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von dem an der Burg-Magdeburger Bahnlinie anzulegenden Haltepunkte Biederitz bis zur Preussisch-Deffauischen Landesgrenze in der Richtung nach Zerbst, zum Anschluß an eine zwischen Zerbst und der vorgedachten Landesgrenze herzustellende Eisenbahnverbindung, nach Maßgabe der Bestimmungen des anliegenden Gesellschaftsstatut-Nachtrages zu gestatten, wollen Wir der genannten Gesellschaft Unsere Genehmigung zum Bau und Betriebe der vorerwähnten Eisenbahn in der nachgesuchten Weise hiermit ertheilen.

Wir bestimmen, daß die in dem Gesetze über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838. (Gesetz-Samml. S. 505.) enthaltenen Vorschriften, insbesondere diejenigen über die Expropriation und das Recht zur vorübergehenden Be-

Benutzung fremder Grundstücke, auf den in Rede stehenden Eisenbahnbau Anwendung finden sollen.

Die gegenwärtige Urkunde ist nebst dem Statutnachtrage durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 9. Oktober 1871.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Roon. Gr. v. Jkenplik. v. Mühlcr. Gr. zu Eulenburg.
Leonhardt. Camphausen.

N a c h t r a g

zu dem

am 17. August 1845. Allerhöchst bestätigten Statute der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft.

§. 1.

Das Unternehmen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft wird auf den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von dem an der nach Maßgabe der Allerhöchsten Konzessions- und Bestätigungs-Urkunde vom 14. Dezember 1868. (Gesetz-Samml. 1869. S. 94.) verlegten Bahnstrecke Burg-Magdeburg anzulegenden Haltepunkte Biederitz bis zur Preussisch-Dessauischen Landesgrenze in der Richtung nach Zerbst, zum Anschluß an eine zwischen Zerbst und der vorgedachten Landesgrenze herzustellende Eisenbahnverbindung, ausgedehnt.

Die Richtung der Bahn wird von dem Königlichen Handelsministerium festgestellt. Der Genehmigung desselben unterliegen auch die speziellen Projekte und die Anschläge zu dem vorgedachten Bahnbau und den damit im Zusammenhange stehenden Anlagen. Von den festgestellten Bauplänen darf nur unter Genehmigung des Königlichen Handelsministeriums abgewichen werden.

§. 2.

Die Eisenbahn von Biederitz bis zur Preussisch-Dessauischen Landesgrenze bildet einen integrierenden Bestandtheil des Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Unternehmens, es finden auf dieselbe die Bestimmungen der Allerhöchst bestätigten Statuten und Statutennachträge der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft Anwendung.

(Nr. 7934—7935.)

§. 3.

§. 3.

Das zum Zwecke der Ausführung der im §. 1. bezeichneten Erweiterung des Unternehmens, sowie zur verhältnißmäßigen Vermehrung des Betriebsmaterials erforderliche Kapital wird vorläufig auf 1,728,500 Thaler angenommen und soll je nach dem Ermessen des Direktoriums der Gesellschaft durch Ausgabe von Stammaktien oder Obligationen beschafft werden. Der Zeitpunkt, von welchem ab die eventuell zu emittirenden Stammaktien an der Dividende Theil nehmen, sowie die sonstigen Bedingungen der Emission werden von dem Direktorium bestimmt und bekannt gemacht.

(Nr. 7935.) Allerhöchster Erlaß vom 11. Dezember 1871., betreffend den Tarif, nach welchem die Wehrabgaben auf der Werra und der Schleuse vom 1. Januar 1872. ab bis auf Weiteres zu erheben sind.

Den mittelst Ihres gemeinschaftlichen Berichtes vom 30. November d. J. Mir vorgelegten Tarif, nach welchem die Wehrabgaben auf der Werra und der Schleuse vom 1. Januar 1872. ab bis auf Weiteres zu erheben sind, sende Ich Ihnen von Mir vollzogen zur weiteren Veranlassung hierbei zurück.

Dieser Erlaß ist mit dem Tarife durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 11. Dezember 1871.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenpliz. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

T a r i f,

nach welchem die Wehrabgaben auf der Werra und der Schleuse vom 1. Januar 1872. ab bis auf Weiteres zu erheben sind.

Vom 11. Dezember 1871.

Es ist zu entrichten für das Passiren des Wehres:

I. auf der Werra:

a) zu Philippsthal,

b) zu Sengers,

c) zu

- c) zu Heringen,
- d) zu Widdershausen,
- e) zu Wommen,
- f) zu Wannfried:
 - 1) von jedem Bette kurzer Dielen eines Dielenfloßes 1 Sgr. — Pf. = 3½ Kr. — Pf.
 - 2) von jedem Bette langer Dielen eines Dielenfloßes 1 „ 4 „ = 4 „ 2 „
 - 3) von jedem Baumfloße 2 „ 6 „ = 8 „ 3 „
- g) zu Falken:
 - 1) von jedem Dielenfloße 2 „ 6 „ = 8 „ 3 „
 - 2) von jedem Baumfloße 1 „ 3 „ = 4 „ 1 „

II. auf der Schleuse:

- a) zu Rappelsdorf,
- b) zu Kloster Betsra:
 - 1) von jedem Dielenfloße 1 „ 3 „ = 4 „ 1 „
 - 2) von jedem Baumfloße 1 „ 9 „ = 6 „ — „

Bemerkung: Für den Fall, daß vorstehend zu II. a. und b. der Mühlengraben von dem Wehrbesitzer zugeföhrt werden muß, um den Flößern das Fortkommen zu erleichtern, ist das Doppelte des Normalsatzes zu entrichten.

Zusätzliche Bestimmungen.

- 1) Das Deffnen und Schließen des Wehres hat der Müller, das Durchbringen durch das Wehr der Flößer zu besorgen.
- 2) Die sogenannte Auflage der Flöße ist nicht besonders zur Verabgabung heranzuziehen.

Gegeben Berlin, den 11. Dezember 1871.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenplik. Camphausen.